

2007-01-03

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau  
Tel.: 0340/2040



## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 13.12.2006

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr

**Sitzungsende:** 18:45 Uhr

**Sitzungsort:**

**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann stellv. Stadtratsvorsitzender  
Herr Semper stellv. Stadtratsvorsitzender

**Anwesenheit:** **Soll:** XX **Ist:** XX

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

''''''  
In Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung wurden auf Antrag von Herrn Dr. Plettner, FDP-Fraktion, die im nichtöffentlichen Sitzungsteil unter **6.1 (neu 5.18)** und **6.2 (neu 5.19)** aufgeführten Beschlussvorlagen einstimmig zur Behandlung im öffentlichen Teil eingeordnet.

Die geänderte Tagesordnung wurde bestätigt.

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Exner, Stefan Dr.  
Mrosek, Andreas

Unentschuldigt

### **Fraktion der PDS**

Scheibe, Günter Dr.  
Schönemann, Katja

### **Fraktion Pro Dessau**

Schröter, Steffen

### **Fraktion Freie Wähler**

Göricke, Hagen

Die Tagung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

### **Öffentliche Tagesordnungspunkte**

#### **1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2006**

Herr Weber, **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bat um eine formale Änderung. Auf Seite 18 des Protokolls muss es im vorletzten Absatz anstelle Conny Lüddemann richtig Conny **Bläsing** heißen.

Das Protokoll wurde mit dieser angegebenen Änderung einstimmig genehmigt.

#### **2. Berichte des Oberbürgermeisters**

##### **2.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Herr Bürgermeister Gröger berichtete über die Ereignisse der letzten Wochen:

##### **8. November**

Bürgerversammlung in Oranienbaum zur Vorbereitung des Bürgerentscheides am 12.11.06, welche die letzte Veranstaltung vor dem Bürgerentscheid war. Stimmungslage war mehrheitlich pro Dessau bei Anwesenden

##### **9. November**

Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogromnacht an der Stele in der Askanischen Straße sowie in der Marienkirche

Aufführung „Das Tagebuch der Anne Frank“ als Benefizveranstaltung zugunsten des Anne-Frank-Zentrums Berlin mit einem **Erlös von 598,86 EUR**

##### **10. November**

Gespräch mit Fraktionsvorsitzenden zur Bildung der Initiative zum Erhalt des kreisfreien Oberzentrums Dessaus;

auf Initiative der Rotarier Fortsetzung des Gespräches am gleichen Abend mit Vertretern aus der Politik

Im Ergebnis beider Gespräche wurde ein Treffen am 7. Dezember 2006 mit Persönlichkeiten des öffentlichen gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft zur Gründung einer Initiative vereinbart.

##### **12. November**

Bürgerentscheid im Wörlitzer Winkel

Ergebnis: **52,3 %** der Einwohner des Wörlitzer Winkels

für eine Eingemeindung nach Dessau

Pro Dessau stimmten: Vockerode, Wörlitz und Horstdorf

Contra Dessau: Oranienbaum, Brandhorst, Gohrau,  
Griesen, Kakau, Rehsen, Riesigk

##### **13. November**

Gespräch mit den Bürgermeistern von Oranienbaum, Wörlitz und Vockerode zum weiteren Verfahren. Anfang Januar wird das Gespräch mit der Bürgermeisterin von Horstdorf nachgeholt.

### **15. November**

Fachtagung des Verbandes Kommunaler Unternehmen

im Steigenberger Hotel Fürst Leopold

Gastgeber: DVV-Stadtwerke

Anwesenheit: Wirtschaftsminister LSA, Herr Dr. Haseloff

Es wurden Probleme der Energiepreisbildung und -verteilung erörtert.

Abends fand der gemeinsame Hauptausschuss der Städte Dessau und Roßlau in der Ölmühle in Roßlau statt. Auf der Tagesordnung standen

- . Grünflächensatzung
- . Bauschutzsatzung
- . Vorstellung Stadtordnungsdienst Dessau
- . Diskussion – Gefahrenabwehrverordnung

### **19. November**

Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages auf dem Friedhof III

Hier brachte Herr Bürgermeister Gröger zum Ausdruck, dass ein stärkeres Interesse seitens der Einwohner wünschenswert wäre.

### **21. November**

Freundschaftsspiel SV 05 vs. Borussia Dortmund im Paul-Greifzu-Stadion

Zuschauer: ca. 6000 Ergebnis. 3 : 1 für Dortmund

im Vorfeld des Spieles – Übernahme des Staffeltabes von Dresden für den Wissenschaftslauf anlässlich der Ernennung der Stadt Braunschweig zur Stadt der Wissenschaft für das Jahr 2007 - gemeinsame Aktion der Stadt Dessau, des OB von Braunschweig, Herrn Dr. Hoffmann und der VW-Sport-Stiftung

Ansporn für Dessau – es Dresden und Braunschweig in Verbindung mit der Hochschule Anhalt, dem UBA und den Gymnasien gleich zu tun

### **22. November**

4. Landespräventionstages Sachsen-Anhalts im Technikmuseum „Hugo Junkers“  
Mit der Problematik Opferschutz und Opferhilfe – Perspektiven, Netzwerke und Erfahrungen wurde auch in diesem Jahr ein hochaktuelles Thema von weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung aufgegriffen.

### **24. November**

Wirtschaftsgespräch in Rodleben

Teilnehmer u.a. Herr Ernst – Sparkasse Dessau

Ehrung der Sportjugend im Kornhaus

Bewegender Augenblick – einen 6-jährigen als Teilnehmer am Landeswettbewerb begrüßen zu können

### **28. November**

Beratung mit den Landräten zur Auseinandersetzungsvereinbarung im Rahmen der Kreisgebietsneugliederung

### **29. November**

Gesprächsrunde zur „Tourismuskonzeption“  
Einladung Staatsminister Robra und MCKinsey  
und Präsident des Landesverwaltungsamtes Herrn Leimbach

### **30. November**

Medienkonferenz – Stadtumbau

### **1. Dezember**

- Empfang des Bürgermeisters für die „Mütter aus Beslan“  
Delegation von 20 Frauen weilte auf Einladung des Vereins „Hilfe für Tschernobylkinder Brjansk“ zu einem knapp dreiwöchigen Aufenthalt in Dessau. Der Besuch wurde von der Landesregierung /Ministerium für Soziales unterstützt.
- Beginn der Internationalen Konferenz anlässlich des 80. Geburtstages des Bauhauses

### **2. Dezember**

Eröffnung der Ausstellung „Bauhaus – Ikone der Moderne“

### **4. Dezember**

- Gespräch mit dem Minister des Innern, Herrn Hövelmann zum Thema Ortschaftsverfassung / Wahl der Ortschaftsräte
- Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH
  - Stadt beteiligt sich seit 2006 nicht mehr am Defizitausgleich
  - 2007 offen - Wirtschaftsplan 2007 nicht bestätigt
  - Gespräch dazu mit Bitterfeld und Wittenberg geplant

### **5. Dezember**

gemeinsamer Hauptausschuss der Städte Dessau und Roßlau in Dessau  
Thema: Festlegung der weiteren Verfahrensweise zur Sicherung der Aufrechterhaltung der kontinuierlichen und flächendeckenden Verwaltung der neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau - Ortschaftsverfassung

### **6. Dezember**

Begrüßung einer rumänischen Delegation im BBFZ

Teilnehmer der Delegation:

Vertreter vom EU-Ministerium Bukarest, Vertreter von Städten, Mitarbeiter von Entwicklungsagenturen

Leiter der Delegation:

Mitarbeiter der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit Deutschland-Rumänien  
ca. 30 Personen

Grund des Besuches: Erfahrungsaustausch

– Aufnahme in EU – Information über URBAN-ähnliche Fördermaßnahmen

Besuch neben Dessau in Berlin und Leipzig

Grundsteinlegung des Wohnhauses Muldstraße 86 a

Eigentümer: Wohnungsgenossenschaft e.G. Dessau  
zweiter Wohnungsneu der Gesellschaft seit 17 Jahren  
Schaffung von 16 Wohnungen im innerstädtischen Bereich

### **7. Dezember**

- Mitarbeiterversammlung in der Marienkirche zur Information über den Stand der Einführung des elektronischen Zeiterfassungssystems, die leistungsorientierte Vergütung und als Kernpunkt Vorbereitung der Tarifverhandlungen am 12.12.; Stimmungsbild aus der Diskussion war das eindeutige Einverständnis der Weiterführung des in den letzten drei Jahren existierenden Tarifvertrages bis 31.12.2007. Eine anschließende elektronische Befragung brachte ebenfalls eine etwa 75 %-iges Votum für die vorstellte Strategie
- Wirtschaftsministerkonferenz aller Bundesländer in Dessau – Abendveranstaltung im Kornhaus - Wirtschaftsminister Dr. Haseloff war Gastgeber

### **11. Dezember**

Lenkungsausschuss Regionalentwicklung Dessau-Wittenberg-Bitterfeld

Einladung des Staatsministers Robra in Magdeburg

Im Ergebnis der Beratung vom 29.11. zur Tourismuskonzeption sind durch das Land entscheidende Aussagen getroffen worden, dass die Finanzierung der vereinbarten Dachmarke durch das Land übernommen wird. Gleichzeitig trage das Land dafür Sorge, dass spezieller Sachverstand dann die Kräfte bündelt, um letztendlich das Konzept in den nächsten 2-3 Jahren umzusetzen.

### **12. Dezember**

Weitere Tarifverhandlungen - In einer komplizierten Auseinandersetzung wurde die Verwaltungsspitze mit Forderungen konfrontiert, die sich im Verhältnis zu denen aus der ersten Tarifrunde nicht unterschieden. Es wurde zunächst ein Konsens erreicht hinsichtlich der Laufzeit zum 31.10.2007, womit dem neuen Stadtrat die Möglichkeit gegeben worden wäre, und wenn die Verwaltung bis dahin das neue Personalentwicklungs- und Strukturkonzept unter Berücksichtigung der aus der Auseinandersetzungvereinbarung mit Anhalt-Zerbst zuzuführenden Arbeitskräfte erstellt hat, wäre es ein machbarer Kompromiss. Die eingeforderte Stundenzahl von 37,9 bzw. 37,5 Stunden war aber nicht zu machen. Die Verwaltung habe dann nochmals ein Angebot unterbreitet, welches weit über das hinausgeht, was in der Marienkirche als gemeinsame Strategie festgelegt wurde, um das erprobte Verfahren der letzten drei Jahre wenigstens für die nächsten 10 Monate zu verlängern. Dem ist nicht stattgegeben worden, so dass die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind.

Man werde demnach mit dem Stand von gestern keinen Tarifvertrag haben, aber dann andere Maßnahmen einbinden müssen, um letztendlich sich dem Diktat des Haushaltes anzupassen und die notwendigen Ergebnisse zuzuführen. Die Überlegungen der Verwaltungsspitze dazu sind im Moment noch nicht am Ende.

### **13. Dezember**

Presstetermin „Schwedenhaus“. Es wurde wieder das Relief des Schwedenkönigs angebracht (ca. 80 TEUR).

Abschließend gab **Herr Bürgermeister Gröger** den **Hinweis** auf eine Informationsveranstaltung für die Stadträte zur Nutzung des elektronischen Ratsinformationssystems

**am 20. Dezember 2006, 16.30 Uhr im Raum 270 des Rathauses**

und sprach weiterhin eine Einladung aus, im Anschluss an die beiden heute stattfindenden Stadtratssitzungen, welche voraussichtlich die letzten in diesem Jahr sein werden, an einem kleinen Gedankenaustausch mit einem Umtrunk und Fettschnitten teilzunehmen.

## **2.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Stadtrates wurden nicht gefasst, so dass deren Bekanntgabe entfallen konnte.

## **3. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr**

Es gab keine Wortmeldungen.

## **4. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten**

**Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, legte dar, wie angekündigt, übergebe die Fraktion einen eigens gestifteten Retorikpreis. Man könne sich vorstellen, dass das zu einer Regelmäßigkeit durch den Stadtrat als Dank an die Verwaltung zum Ende des Jahres oder einer Legislaturperiode werden könnte. Man danke damit für das Engagement, mit denen Themen kurz, in klarem Deutsch und allgemeinverständlich in diesem Stadtrat oder seiner Ausschüsse eingebracht wurden und dies unter Wahrung allgemeiner demokratischer Regeln. Bei der zu Ehrenden bestehe ein gewisser Dialekt, der sicherlich zwischen Fürstenwalde, Köthen und Roßlau anzusiedeln ist, aber verstärkt werde das öffentliche Erscheinungsbild durch eine christlich humanistische Grundhaltung auf der Basis von Ehrlichkeit und Überzeugungsfähigkeit. Im Laufe dieses Jahres politischer Zusammenarbeit möchte man erstmals mit diesem Retorikpreis Frau Sabrina Nußbeck danken, dass sie in der Nachfolge von Jürgen Kessing zu einer überzeugenden Bereicherung der Stadt Dessau/Roßlau geworden ist.

Der Preis selbst stammt von dem Holzgestalter Jürgen Ludwig und vereint in unterschiedlicher Weise das begehrte heimische Holz aus Mildensee, die Esche, mit dem 3.000 Jahre alten Stück einer Mooreiche aus Kühnau. Wenn man das Tierkreiszeichen der zu Ehrenden kenne, unter dem die heute Geehrte geboren wurde, so sind das die Zwilling aus der griechischen Mythologie mit dem sterblichen Castor und dem unsterblichen Pollux. Vielleicht spiegelt auch das diese Holzplastik wider.

**Herr Schönemann, PDS-Fraktion**, bezog sich auf die Information von Herrn Gröger, dass die Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeber Stadt und der entsprechenden Belegschaftsvertretung, vertreten durch verdi, gescheitert ist. Das Ergebnis, welches sich im Rahmen der Verhandlung abzeichnete, sei eine knappe Position, die zu verzeichnen sei. Das sei ein schlechter Start in die gemeinsame Stadt. Aus diesem Grunde unterbreitete er den Vorschlag, einen Vermittlungsauftrag zu erarbeiten. Man habe noch Tage in diesem Jahr, wo dieser noch greifen könnte. Dieser müsste durch

den Arbeitgeber kriert und an verdi. gesandt werden. Er sei der Meinung, dass man auch aus dem städtischen Prominenzbereich jemanden finden würde, der in der Lage ist, im Stile eines guten Schlichters zwischen beiden Tarifparteien zu vermitteln. In diesem Sinne sehr er auch einen Zusammenhang in der Stadt Roßlau, wo im Augenblick ebenso wenig Transparenz existiere, was eine gemeinsame Stadt betrifft. Um weiteren Irritationen und missverstandenen Signalen einer zukünftigen Stadt Dessau/Roßlau entgegenzuwirken, schlage er vor, eine gemeinsame Stadtratssitzung im kommenden Jahr anzuberaumen, um deutlichere Signale an die Bevölkerung zu senden, wie die neue gemeinsame Stadt am 01.07.2007 verwaltungsrechtlich, personell und alles das, was die Stadt ausmachen soll, aussehen soll. Hier sei man als Rat, gemeinsam mit den Räten aus Roßlau, gefordert. Er werde einen entsprechenden Antrag an das Präsidium des Stadtrates stellen. Er würde sich freuen, wenn eine Unterstützung aus den anderen Fraktionen käme.

Des Weiteren informierte Herr Schönemann über die formelle Einreichung eines Beschlussantrages für die Hauptausschusssitzung im Januar 2007. Es handele sich um den Antrag auf Änderung des Beschlusses der Friedhofskonzeption für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau, BV 49-2006/II v. 14.06.2006 zur Schließung des Großkühnauer Friedhofes ab 01.01.2007. Im Ortschaftsrat Großkühnau sei deutlich geworden, dass der Friedhof zu einer klassischen historischen Dorfstruktur gehört, dass er Wurzeln bildet, die für die Identitätsstiftung im Ort maßgeblich sind und weil er 1060 Jahre in sich vereint und zugleich eine Botschafter von Tradition und Geschichte ist, sicherlich einen anderen Umgang verdient, als kurzzeitig angelegte Grablegungsstätten. Aus diesem Grunde habe sich im Ort eine Interessengemeinschaft gebildet, die das Weiterbetreiben des Friedhofes ermöglichen soll und in Form eines Pflegevertrages zukünftig den städtischen Leistungsträger auf diesem Gebiet unterstützen möchte. Dieses Vorhaben sei abgestimmt mit dem Stadtpflegebetrieb.

Der Beschlussvorschlag hat folgenden Inhalt:

„Bei Abschluss einer Vereinbarung zur Pflege des Großkühnauer Friedhofes zwischen dem Eigenbetrieb Stadtpflege und dem „Förderkreis zum Erhalt des Großkühnauer Friedhofs“ wird die Schließung des Großkühnauer Friedhofes ab dem 01.01.2007 zurückgestellt. Bei Nichterfüllung der Vereinbarung kann jährlich mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende von beiden Partnern gekündigt werden. Die Kündigung der Pflegevereinbarung zieht eine Schließung des Großkühnauer Friedhofes für weitere Bestattungen ab dem Folgejahr nach sich.“

Diesen Beschlussantrag trage die PDS-Fraktion und werde unterstützt von der Fraktion Pro Dessau.

Auf die Frage von **Herrn Voigtländer, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, welches Autokennzeichen die Stadt Dessau nach der Fusion mit Roßlau erhalten wird, führte **Herr BM Gröger** aus, der Stand der Absprachen sei, dass die Mehrzahl der Einwohner der künftigen neuen Stadt das Kennzeichen DE haben werden.

**Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die beschlossene Brennordnung für Gartenabfälle, wofür man Kritik aus der Bevölkerung erhalten habe. Augenscheinlich haben viele Bürger nicht verantwortungsbewusst und vernünftig gemäß der Brennordnung gehandelt, weshalb er die Frage stellte, wie viele Verfahren gegen Leute eingeleitet wurden, die unverantwortlich, z. B. bei Regen, Gartenabfälle ver-

brannt haben, oder Sachen verbrannt haben, die dort nicht verbrannt werden durften. Da man keine Maßnahmen beschließen könne, wenn keine Rückkopplung vorhanden ist, bat er zum nächsten Mal um Informationen, wie viele Verfahren eingeleitet worden sind bzw. ob überhaupt auf entsprechende Beschwerden reagiert worden ist.

Es sei auf jeden Brief geantwortet worden, erwiderte **Herr BM Gröger**. Die genaue Anzahl der festgestellten Verstöße und die eingeleiteten Maßnahmen nehme er als Prüfauftrag. Er werde von den zuständigen Ämtern eine Zusammenstellung abfordern. Es müsse reagiert werden, weil im letzten Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt die Verwaltung den Auftrag erhalten hat, eine Satzung in novellierter Form vorzulegen.

#### **4.1. Aufhebung der gewährten Billigkeitserlasse bei der Grundsteuer wegen unterschiedlicher Steuermesszahlen bei Eingemeindungen ab 01.01.2007**

**Vorlage: IV/076/2006/II-20**

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, stellte fest, dass man heute keinen Beschluss über die Aufhebung von Billigkeitserlasse vorliegen habe, sondern nur eine Information. Diese sei zwar etwas umfangreicher, weil das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, auf das sich diese Neuregelung bezieht, anliegt. Aber in der Sache sei die Information kurz und knapp, was es ab sofort nicht mehr gebe. Er erinnere daran, dass auf Anregungen der Fraktionen Herr Kessing im Jahr 2000 nach längerer Diskussion eine Regelung vorgelegt hatte, die sich genau auf die jetzt nicht mehr gültige Rechtssprechung des Verwaltungsgerichtes von 1959 bezog, nach der die Kommunen nicht mehr berechtigt, sondern verpflichtet waren, die Steuernachteile, die durch die unterschiedlichen Einheitswerte aus kleineren Gemeinden alter Prägung nach Eingemeindung in größere Gebietskörperschaften entstanden sind, auszugleichen, sprich die überschießende Steuer im Vergleich zum Bsp. der Vororte Waldersee, Mildensee, Kleutsch, Sollnitz usw. gegenüber der Stadt Dessau zu kappen. Das seien Beträge bis zu 22 % in der Grundsteuer B. Als Stadtrat habe man es versäumt, auf einen förmlichen Beschluss zu bestehen, denn man hätte sich heute weigern können, den Beschluss aufzuheben. Dazu sei man heute nicht in der Lage, weil man keinen Beschluss zu fassen und aufzuheben habe. Fakt sei, dass die Verwaltung nur in der Lage sei, das jetzt zur Kenntnis zu geben, nämlich die Kehrtwendung des Bundesverwaltungsgerichtes in dieser Sache, nicht mehr zu diesem ursprünglichen Anliegen zu stehen für Ausgleich und Steuergleichbehandlung zu sorgen, sondern Ungleichbehandlung als einen Bestandteil der Gesetzgebung zuzulassen und festzuschreiben. Das sei nicht auslegbar seitens der Verwaltung und es müsse danach gehandelt werden. Im Moment habe man 880 betroffene Grundstücke. Die seit Kenntniswerden neugestellten Anträge auf Ermäßigung der Grundsteuern wurden nicht mehr beschieden. In Zukunft werde man durch weitere Eingemeindungen bzw. der Fusion mit Roßlau erheblich mehr betroffene Grundstücke dazu bekommen. D. h. es werde eine massive Ungleichbehandlung in der Stadt Dessau geben. Deshalb appelliere er an alle, ihre Abgeordnete dazu zu bringen, eine vernünftige landes- oder bundesgesetzliche Regelung zu finden, die diese Ungerechtigkeit aus der Welt schafft. In den Westländern sei das 1965 mit den veränderten Vorgaben passiert. Diese gebe es hier nicht. Insofern habe sich nach der Vereinigung die Rechtssprechung auf den Stand vorher (1935) wieder bezogen. Deshalb müsse eine Regelung geschaffen werden, die eine Anpassung ergibt. Es seien nicht nur die

Grundbesitzer und Hausbauer betroffen, sondern auch über die Betriebskosten alle Mieter.

Ergänzend legte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, dar, dies verstoße auch gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes. Es seien nicht nur die Stadträte, sondern auch die Verwaltung gefragt, inwieweit sogar eine Verfassungsklage einzu-legen wäre, denn es finde eine massive Ungleichbehandlung statt, was man nicht zulassen könne.

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, legte dar, es sei nicht so, selbst wenn es damals einen Beschluss hierzu gegeben hätte, und man hätte heute die Aufhebung des Beschlusses verweigert, dann hätte der Bürgermeister gegen diesen Beschluss Widerspruch einlegen müssen aufgrund der Rechtslage. Wenn im nächsten Stadtrat diesem nicht abgeholfen würde durch eine anderslautende Beschlussfassung, hätte die Kommunalaufsicht diesen ersetzt. Das müsse man klar sagen, weil es nichts geändert hätte. An Herrn Ehm gewandt, erklärte Frau Nußbeck, dass es geprüft worden ist. Hier sei die Bundespolitik, wie auch von Herrn Giese-Rehm ausgeführt, gefragt. Dieser Tatbestand könne nur durch die Bundesgesetzgebung abgeschafft werden. In diese Richtung müssten alle politischen Parteien den Druck ausüben. Als Stadt könne man nicht eine Verfassungsbeschwerde einlegen, wovon man den Nutzen habe. Das könne nur derjenige, der das nicht mehr hätte. Der richtige Weg wäre auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## **5. Beschlussfassungen**

### **5.1. Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat des Medizinischen Versorgungszentrums des Städtischen Klinikum Dessau Vorlage: BV/312/2006/V**

**Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender**, verwies darauf, dass es sich um eine Wiederholung der Abstimmung aus der Sitzung des Stadtrates vom 07.11.2006 handelt. Das sei erforderlich, weil einige Stadträte, trotz Befangenheit, an der Abstimmung teilgenommen hatten.

An der Abstimmung nahmen aufgrund von Befangenheit folgende Stadträte nicht teil: Herr Bierbaum, Herr Glathe, Herr Harald Kürger, Herr Geier, Frau Müller, Herr Giese-Rehm, Herr Grünthal, Herr Dr. Neubert.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 31:00:02

### **5.2. Festlegung der Reihenfolge der Vertretung des Oberbürgermeisters Vorlage: BV/414/2006/I-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**Frau Nußbeck, Beigeordneten für Haushalt und Finanzen**, bedankte sich für das

eindeutige Votum und nahm die Wahl an. Sie versicherte, ihre ganze Kraft in den Dienst dieser Stadt zu stellen.

**5.3. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe - Zuschuss an freie Träger (Defizitausgleich) -**

**Vorlage: BV/424/2006/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 41:00:00**

**5.4. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe - Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - in Höhe von 280.000,00 EUR**

**Vorlage: BV/404/2006/II-20**

**5.5. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Gewerbesteuerumlage in Höhe von 322.900 EUR**

**Vorlage: BV/364/2006/II-20**

**5.6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Deckungskreis 501 "Örtlicher Träger der Sozialhilfe" in Höhe von 300.000 EUR**

**Vorlage: BV/365/2006/II-20**

**5.7. 2. Änderung zur Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) der Stadt Dessau vom 09. Dezember 1993, zuletzt geändert am 30. November 1995**

**Vorlage: BV/369/2006/II-20**

**5.8. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Dessau**

**Vorlage: BV/368/2006/II-20**

**5.9. Wirtschaftsplan des Jahres 2007 des Städtischen Klinikums Dessau, einschließlich Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan und Finanzplan**

**Vorlage: BV/373/2006/V**

**5.10. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau für das Jahr 2007**

**Vorlage: BV/400/2006/II**

**5.11. Feststellung der Jahresrechnung 2005**

**Vorlage: BV/402/2006/I-14**

**5.12. Entlastung des Oberbürgermeisters für das Jahr 2005**

**Vorlage: BV/403/2006/I-14**

**5.13. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 162 "Daheimstraße" in der Fassung vom 08. September 2006**

**Vorlage: BV/355/2006/VI-61**

**5.14. 1. Änderung u. 1. Ergänzung des Flächennutzungsplans der Stadt Dessau - Teilflächennutzungspläne Rodleben und Brambach - Beschluss über die Billigung und die öffentliche Auslegung der jeweiligen Entwürfe in der Fassung vom Oktober 2006**

**Vorlage: BV/382/2006/VI-61**

**5.15. Kalkulation der Gebühren für die Entsorgung dezentraler Abwasseranlagen für den Zeitraum 2007 - 2008 (Fäkaliengebührenkalkulation)**

**Vorlage: BV/386/2006/II**

**5.16. Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau (Ab-**

wassersatzung)

Vorlage: BV/401/2006/VI-66

- 5.17. **Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Dessau**

Vorlage: BV/419/2006/II-37

- 5.18. **Stellungnahme der Stadt Dessau zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Dessau mit dem Schwerpunkt "Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit"**

Vorlage: BV/409/2006/I-14

Frau Andrich

...Hauptsatzung, welche Mittel die Fraktionen bekommen. Die Hauptsatzung sei durch das damalige Regierungspräsidium genehmigt worden, so dass es Regelungen gibt. Jedoch müsse noch geregelt werden, wofür die Mittel verwendet werden können. Mit dem nächsten auf der Tagesordnung stehenden Beschluss habe man eine Regelung gefunden, wie die Fraktionen das in Zukunft handhaben sollen. Bisher habe es keinen Widerspruch und keine Regelung durch das Landesverwaltungsamt gegeben, was vielleicht für die nächste Zeit vorgesehen wird.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, stellte fest, dass man nichts zu verbergen habe und sich auch nicht für das entschuldigen müsse, was man durch die Wahl im Auftrag der Bürger tue. Wenn man auch bei den städtischen Mitteln so verfare, wo es um 140 Mio. € gehe, die auch nicht der Stadt gehören, sondern von den Bürgern erwirtschaftet werden, werde man mit dem Haushalt nie fertig. Die Fraktionen benutzen diese Mittel für Miete und Mitarbeiter, was nichts Ehrenrühriges sei. So etwas Negatives suggeriert die Bemerkung, dass die Ausführungen nicht angemessen sind bezüglich der Länge des Papiers des Landesrechnungshofes. Sie finde es gut, denn es seien Wiederholungen in den einzelnen Fraktionen zu bemerken, d. h. verschleierte Parteienfinanzierung, Mietverträge, Ausgaben für Neujahrsempfänge oder Büromaterial. Das seien wiederkehrende Fragen, so dass es gerechtfertigt ist, in einer allgemeinen Ausführung, das zu berücksichtigen. Im Übrigen sei es unsere Pflicht sich mit diesen Dingen eigenverantwortlich auseinander zusetzen. Es gehe nicht, was man auch im Ausschuss festgestellt habe, dass der Landesrechnungshof in einem laufenden Verfahren Informationen herausgibt und nicht den Rücklauf abwartet, wie die Stadt und wir alle das Papier des Landesrechnungshofes sehen. Das sei ein Kritikpunkt. In dieser Eigenständigkeit bitte sie die Arbeit zu sehen. Es werden keine Mittel verschleudert, was festgestellt werden müsse. Das solle sachlich und in aller Kürze beantwortet werden.

Ergänzend legte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, dar, dass vieles im Leben relativ ist. Er wisse nicht, ob der Öffentlichkeit in Dessau bekannt ist, dass die Stadträte in Halle und Magdeburg etwa 3 mal so viele Mittel für die Fraktionsarbeit verwenden, als man das in Dessau tue. Dass sei ein Beitrag des Stadtrates zur sparsamen Verwendung der Mittel. Die Begründungen der Fraktionen in Halle und Magdeburg seien eine bessere Arbeit, denn sie beschäftigen drei Mitarbeiter, u. a. auch einen wissenschaftlichen Mitarbeiter, um ihre Fraktionsarbeit zu verbessern.

Er finde den Redebeitrag von Herrn Voigtländer nicht angemessen, denn man bediene sich nicht, führte **Herr Schönemann, PDS-Fraktion**, aus. Die Haushaltsmittel für die Fraktionen seien Bestandteil jedes genehmigten Haushalts. Selbst der Eindruck sei falsch, denn man rede über einen ganz normalen Vorgang, wo prüfend

durch den Landesrechnungshof geschaut worden ist. Das sei aus heutiger Sicht in sehr korrekter Weise, teilweise überspitzt, geschehen. Heute sei man auf den Boden der Tatsachen zurück. Für das Ergebnis müsse man sich nicht schämen, denn für eine gute politische Arbeit ist nicht nur guter Willen notwendig.

**Herr Bürgermeister Gröger** legte dar, man könne lange über Änderungsanträge streiten, die im Grunde genommen nichts bringen. Die Frage sei, stellen wir den Satz, dass die Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt keine Regelung enthält an den Anfang, was er für richtig halte, oder stelle man ihn an das Ende. Es war nicht Absicht der Verwaltung, in irgendeiner Weise zu tenorieren, dass vielleicht mit Fraktionsgeldern nicht sachgerecht umgegangen worden ist. Man habe nichts weiter getan, als Feststellungen eines vom Lande bestellten Rechnungshofes in einer langen Phase der Auseinandersetzung mit den Fraktionen sauber abgeprüft, Dinge, die nicht richtig dargestellt waren, richtig dargestellt und zu einem Konsens gekommen. In diesem Sinne bitter er zu entscheiden.

**Herr Sachse, SPD-Fraktion**, zog den **Änderungsantrag zurück**.

Der **Änderungsantrag** von Herrn Voigtländer wurde mehrheitlich **abgelehnt** (04:30:08).

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**34:05:03

#### **5.19. Richtlinie über die bestimmungsgemäße Verwendung von Fraktionsmitteln der Stadt Dessau**

**Vorlage: BV/347/2006/I-14**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

Dessau, 15.01.07

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

Karl Gröger  
Bürgermeister und Beige-  
ordneter für Bauwesen und  
Umwelt      Schriftführer